

Gesellschafter entnahmen über 100 Millionen

Der Wilhelm Karmann GmbH fehlt Geld für den Start der Transfergesellschaft

Von Stefan Prinz

OSNABRÜCK. Der Wechsel von rund 1300 Karmännern der jüngsten Kündigungswelle in eine Transfergesellschaft hängt jetzt nur noch vom Geld ab. Insolvenzverwalter Ottmar Hermann, Betriebsrat und Gewerkschaft haben sich in dieser Woche auf das Zustandekommen einer Transfergesellschaft verständigt. Allerdings konnte noch keine Vereinbarung unterschrieben werden, weil eine einzige und alles entscheidende Frage bisher unklar ist: Woher kommt das Geld?

Für eine abgespeckte Version der Transfergesellschaft für die Osnabrücker Karmänner benötigt der Insolvenzverwalter rund 18 Millionen Euro, bestätigte ein Sprecher Hermanns. Benötigt wird allerdings noch eine größere Summe - für Qualifizierungsmaßnahmen.

Dieses zusätzliche Geld könnte aus europäischen Fördertöpfen kommen. Schon in der nächsten Woche sind nach Informationen unserer Zeitung Karmann-Vertreter bei hochrangigen Mitgliedern der niedersächsischen Landesregierung, um über die Zukunft des Unternehmens zu sprechen. Der Haken: Die Europäische Union zahlt ihren Anteil nur, wenn für die Transfergesellschaft auch Geld aus dem Unternehmen kommt. Genau da liegt das Problem. Der Wilhelm Karmann GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, die von der insolventen Wilhelm Karmann GmbH zu unterscheiden ist, fällt es offensichtlich schwer, das Geld beizusteuern. Ohne eigenen finanziellen Beitrag gibt es aber keine öffentlichen Zuschüsse.

Rechtlich scheint die Sache eindeutig zu sein. Auch

Experten sehen das so. „Wer rückt schon freiwillig Geld heraus, wenn dazu keine Rechtspflicht besteht? Da unterscheidet sich ein Arbeitgeber doch nicht von einem Arbeitnehmer. Die Taschen bleiben zugeknöpft.“ Wobei sich an der Frage nach dem moralischen Anspruch eines Arbeitgebers gegenüber der Belegschaft die Geister scheiden. Verständnislosigkeit, amüsiertes Lächeln bis hin zum Einfordern

„der moralischen Verpflichtung“ - die Palette der Reaktionen auf die Nachfrage unserer Zeitung war breit. Gesprächspartner aus Unternehmenskreisen beurteilten den Sachverhalt oft völlig anders als Vertreter der Arbeitnehmererschaft.

Dass die Karmann-Gesellschafter auch in den vergangenen Jahren gut verdient haben, belegen Unterlagen, die unserer Zeitung vorliegen. Ein Wirtschaftsprüfer

hatte im vergangenen Jahr festgestellt, dass die Gesellschafter in den vier Jahren vor Herbst 2008 insgesamt über 100 Millionen Euro vor Steuern aus der Wilhelm Karmann GmbH & Co. Kommanditgesellschaft entnommen haben.

Selbst nach Steuern bleiben laut diesem als sehr vertraulich behandelten Zahlenwerk noch rund 80 Millionen Euro. Von den Gesellschaftern wird dies, so heißt es im

Gutachten, damit begründet, dass jetzt Gewinne entnommen würden, die den Gesellschaftern in früheren Jahren zugestanden hätten, aber zur Finanzierung von Investitionen im Unternehmen belasten worden seien. Außerdem lösten die Gesellschafter ein Grundstück im Wert von zehn Millionen Euro aus der Kommanditgesellschaft heraus.

Dies wurde laut Gutachten von der Gesellschaft mit der

Absicht der Entlastung der GmbH von Aufwendungen begründet. Im gleichen Zeitraum baute die - inzwischen insolvente - Wilhelm Karmann GmbH wegen fehlender Aufträge im Fahrzeugbau rund 2500 Arbeitsplätze ab.

Vor diesem Hintergrund wird derzeit offen oder verdeckt die Diskussion um die notwendigen Millionen für die Transfergesellschaft geführt.

Nach Informationen unserer Zeitung betragen die notwendigen Zuschüsse zur Sozialversicherung bei 1300 Mitarbeitern 1,85 Millionen Euro pro Monat. Einen noch größeren Betrag würde die Europäische Union für Qualifizierungsmaßnahmen zuschießen. Vorausgesetzt, Karmann trägt selbst die Kosten zur Sozialversicherung.

1000 vor Arbeitsgericht

Nicht nur die 1300 Gekündigten, sondern auch das insolvente Unternehmen könnte ein Interesse am Zustandekommen der Transfergesellschaft haben. Denn rund 1000 Karmänner der jüngsten Kündigungswelle sind nach der Entlassung vor das Arbeitsgericht gezogen. Die Rechtsstreitigkeiten könnten Jahre dauern - keine guten Aussichten für mögliche Investoren. Die Transfergesellschaft könnte dazu führen, dass die Klagen der Arbeitnehmer zurückgezogen werden - ein positives Signal an potenzielle Investoren wäre gegeben.

Die Redaktion hat vor dem Hintergrund der laufenden Recherchen inzwischen eine Stellungnahme der Gesellschafter der Wilhelm Karmann GmbH & Co. Kommanditgesellschaft erhalten. Darin nehmen die Gesellschafter zu den zitierten Inhalten des Gutachtens wie folgt Stellung (siehe Artikel unten).

Neue Osnabrücker Zeitung (1-2)
16.05.2009